

Kantonsrat

Parlamentsdienste

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 79
pd@sk.so.ch
parlament.so.ch

Medienmitteilung

«Klimanotstand» beschäftigt Umwelt-, Bau- und Wirtschaftskommission

Solothurn, 27. September 2021 – Der Volksauftrag «Klimanotstand im Kanton Solothurn» verlangt, dass der Klimawandel im Kanton Solothurn als Krise anerkannt wird. Die Umwelt-, Bau- und Wirtschaftskommission des Kantonsrates stimmt diesem Anliegen – in einer überarbeiteten Version - zu.

Der von der Regionalgruppe der Klimagrosseltern lancierten Volksauftrag fordert den Regierungsrat auf, im Kanton Solothurn den Klimanotstand auszurufen. Es wird kein Notstand im institutionellen Sinne gefordert, bei dem demokratische Rechte des Volkes beschnitten werden, sondern die Initianten verlangen klimagerechtes Handeln.

Der Regierungsrat hat einen geänderten Wortlaut vorgeschlagen. Diesem stimmt die Umwelt-, Bau- und Wirtschaftskommission des Kantonsrates mit einer Ergänzung zu: Der Regierungsrat des Kantons Solothurn wird beauftragt, die Gesellschaft über die Folgen des Klimawandels zu informieren und die Voraussetzungen zu schaffen, damit Bevölkerung und Wirtschaft des Kantons aktiv die notwendigen Änderungen mitgestalten.

Im Weiteren soll der Regierungsrat klimagerecht handeln sowie beispielsweise Budgetgestaltung, Gesetze, und Massnahmen auf das von der Schweiz ratifizierte Welt-Klimaabkommen von 2015 auszurichten und in der Legislaturplanung aufzunehmen. Parallel dazu sollen die CO₂-Emissionen im Kanton Solothurn

durch das Ersetzen fossiler Energien kontinuierlich reduziert und der Ausbau erneuerbarer Energien und die CO2-Senkung vorangetrieben werden.

Weitere Auskünfte

Mark Winkler, Präsident UMBAWIKO, 079 215 70 66